

blickpunkt

ZEITUNG DER DKP FÜR MÖRFELDEN-WALLDORF

Liest denn keiner mehr Zeitungen?

Nähe zu Frankfurt treibt Immobilienpreise in die Höhe

BAD VILBEL/KARBEN Wohnungspreise in Bad Vilbel um ein Drittel gestiegen / Makler erwartet weiter hohes Kaufinteresse

VON PATRICK EICKHOFF stiegen. „Bis zu 4500 Euro pro Quadratmeter eine Eigentums- kauft.“ Dafür sei es wichtig, eben Besichtigungen hin. „Plastikschu- lich.“ Die Aussichten auf

einigen Jahren war eine wohn- jenen Markt genau zu beobach- he, Maske und natürlich Ab- wägen. Immobilienmar-

Bevölkerungszuwachs bringt Stadt in Notlage

DIETZENBACH Neuer Sozialstrukturatlas prognostiziert enorme Herausforderungen / Von Annette Schlegl

Klimawandel und Profitsucht vertreiben die Menschen

Im Februar 2020 stand auf dem „blickpunkt“-Titel: „Bauen für Frankfurt?“. Die hiesige SPD und andere meinten danach, wir seien „unsolidarisch“. Das ist Unsinn.

Viele Menschen können in Frankfurt nicht mehr leben

In Frankfurt wird es langsam ungemütlich. Klimawandel. Bald kocht der Asphalt. Vielen Bäumen in den Anlagen geht's nicht mehr gut. Den Menschen auch nicht. Aktuelle Studien erwarten für die Sommermonate bis 2050 einen Temperaturanstieg von bis zu sechs Grad. Das kann das Leben in den Städten unerträglich machen.

Es fehlen bezahlbare Wohnungen

Viele Menschen können in Frankfurt keine Wohnung mehr bezahlen. Auf einem Protestschild: „Frankfurt am

Main - Hier fehlen 40.000 bezahlbare Wohnungen.“

Alles kann man in der Presse lesen - und trotzdem will die hiesige Rathauskoalition weiter an ihrem Kurs festhalten und hier massenhaft Häuser bauen und rare Freiflächen zubetonieren.

Sie sollten begreifen, wir können hier das Frankfurter Problem nicht lösen. In Frankfurt sind die Wohnkosten viel stärker gestiegen als die Einkommen. Durchschnittsverdiener finden kaum noch eine für sie bezahlbare Wohnung. Wenn viele Brexit-Banker nach Frankfurt kommen, kriegen die Immobilien-Kapitalisten glänzende Augen. Die meisten Arbeiter und Angestellten haben aber keine Chance. Sie drängen ins Umland.

Kann man hier alles zubauen?

Es ist richtig, abzuwägen und nachzudenken. Angesichts der Klimaentwicklung ist es aber unumgänglich:

Die Städte der Zukunft brauchen Frischluftschneisen und grüne Lungen. Die Rathauskoalition redet drum herum.

Frankfurt am Main

Hier fehlen 40.000
bezahlbare Wohnungen.

Aufgeschreckt durch die Bürgerinnen und Bürger, die Unterschriften für den Erhalt der Seegärten auf den Tisch legten, laviert die SPD, hängt dort Transparente auf, versucht das Seegebiet und die Bürgerbewegung zu spalten. Nur die Frage, ob es denn immer so weitergehen kann, ob die Zersiedlung unserer Stadt die Zukunft sein soll, beantwortet sie nicht.

Die Entwicklung in Dietzenbach mahnt

Ein weiteres Beispiel: Man kann sicher die beiden Städte Mörfelden-Walldorf und Dietzenbach nicht vergleichen. Es gibt aber Fakten, die Kommunalpolitiker registrieren sollten. Nachdenklich darf man schon werden. „Prognostizierter Bevölkerungszuwachs bringt Stadt Dietzenbach in Notlage“, steht über einem Artikel in der „Frankfurter Rundschau“. Dietzenbach hat heute rund 35.000



„Eine Kommunale Wohnungsgesellschaft oder eine gemeinnützige Baugenossenschaft für unsere Doppelstadt“, so die Forderung der DKP/ Linke Liste. Ein Pressegespräch gab es in der Mörfelder „Seegewann“.

Fortsetzung nächste Seite

Einwohner (unsere Stadt über 34.000). Dietzenbach soll weiter wachsen – 39.000 sind angepeilt.

Mörfelden-Walldorf soll auch weiterwachsen. Die SPD u.a. wollen neue Baugebiete. Bis zu 3000 Wohnungen könnten entstehen – also mehr als 6000 Menschen Zuwachs.

In Dietzenbach leben 13,1 Prozent der Einwohner von der Grundsicherung. Mehr als 20 Prozent der Kinder sind in Dietzenbach auf Sozialleistungen angewiesen. Vor allem kinderreiche Familien suchen Wohnungen brauchen Hilfe. Sie bekommen sie nicht.

Beispiel Langen

Langen wird schneller groß als gedacht. Innerhalb von acht Jahren soll die Stadt um 5000 Einwohner wachsen. 44.000 Einwohner sind für das Jahr 2027 prognostiziert. Vor drei Jahren war noch von 42.000 Bürgern die Rede. Kann man eine solche Entwicklung in unserer Stadt zulassen.

Rings um Frankfurt ähnliche Probleme

Armut könne nicht durch einzelne Maßnahmen beseitigt werden, das hat man in Dietzenbach begriffen. Wissen das auch die hiesige SPD, die Freien Wähler, die FDP, die CDU? Die meisten Arbeiter und Angestellten haben in Frankfurt schon keine Chance, eine halbwegs bezahlbare Wohnung zu finden. Familien müssen über ein Netto-Haushaltseinkommen von mindestens 4200 Euro im Monat verfügen, um in Frankfurt eine ihrem Bedarf genügende Wohnung zu finden. In teureren Lagen müssen sie dafür sogar mehr als 6000 Euro pro Monat verdienen. Sie werden ins Umland getrieben!

Das alles kann man in der Presse lesen. Liest man im Rathaus keine Zeitung?

Wie soll es hier weitergehen

Neue Baugebiete, neue Bodenversiegelung. Weniger Lebensqualität? Man braucht immerhin eine neue Infrastruktur - Straßen, Sportanlagen, Kindergärten, Schulen.

Mörfelden und Walldorf waren immer solidarisch

Früher hat man in Mörfelden und Walldorf Baugebiete ausgewiesen, als Flüchtlinge und Aussiedler nach dem verbrecherischen Nazi-Krieg unterzubringen waren. Oder man brauchte Platz für die Kinder, wenn sie erwachsen waren und Familien gründeten. . . . und es war noch Platz da. Heute gibt es kaum mehr Bauland. Dafür viele Beschränkungen, die zum Schutz des Flugbetriebes und der Umwelt eingerichtet wurden. Die Stadt selbst hat kaum verfügbare Flächen für Wohnungen und Infrastruktur.

Wie das Problem lösen?

Wenn schon gebaut wird, sind die Häuser schnell belegt, wie wir beim Baugebiet Walldorfer Weg sehen. Aber sagen muss man auch: In die

Häuser, die direkt an der Bahn stehen, sind nach Angaben der Verwaltung überwiegend Neubürger eingezogen. Das weist uns auf ein Dilemma hin. Neue Baugebiete, neue Straßen, neue Anforderungen. Von Kindergärten bis Sporthallen. Die Stadt allein kann das nicht schaffen. Die SPD und die anderen Parteien, die jetzt neue Baugebiete vor Ort wollen, sind auf einem Holzweg.

Mehr Baugebiete im Frankfurter Umland bringen auch mehr Probleme. Eine Lösung ist das nicht!

Vor allem die hiesigen Parteien SPD, CDU, FDP hätte viele Möglichkeiten im Bundestag, in den Landesregierungen und in ihren Parteigremien dafür zu kämpfen, dass grundsätzliche Änderungen erfolgen. Wohnen ist Menschenrecht!

Im heutigen Kapitalismus finden wir immer noch die vorherrschende Politik, die nur ein Ziel hat: „Schnellen Profit erzielen“.

Wir sagen: Die Politik muss Wohnen endlich wieder als Grundrecht verstehen. Mietenwahnsinn und Verdrängung sind keine Naturgesetze.

**Nicht alles
zubauen!**

**Die Städte der
Zukunft brauchen
Frischluftschneisen!**

DKP 
LINKE LISTE

Wir dürfen das Wohnungswesen nicht dem Kapital überlassen!

Weiß das auch die hiesige SPD?

Die „Party“ der Immobilienkapitalisten muss endlich beendet werden. Immobilienkonzerne müssen vergesellschaftet werden. Erst dann können Städte endlich wirksam gegen steigende Mieten vorgehen.

Der Markt ist völlig entfesselt.

Verantwortlich für diesen Zustand ist eine Wohnungspolitik, die ganz bewusst im Interesse der großen Immobilienbesitzer geführt wurde.

Verantwortlich ist das kapitalistische System, wo alles zur Ware gemacht wird, auch das Menschenrecht auf Wohnen. Weiß das auch die hiesige SPD?

„Patente töten!“, heißt es in einer Erklärung von „medico international“.

Gefordert wird die Aufhebung des Patentschutzes auf alle unentbehrlichen Medikamente.

Im Interesse der Menschheit sollte die Welt gemeinsam nach einem Impfstoff und nach Medikamenten suchen, die dann entlang von Bedarfen produziert und verteilt werden.

Doch so ist es leider nicht. Denn das Profitinteresse der großen Pharmakonzerne bremst den Kampf gegen die Pandemie. Jeder sollte es wissen.



„Es ist der älteste Trick der Bourgeoisie, den Wähler frei seine Unfreiheit wählen zu lassen, in dem man ihm das Wissen um seine Lage vorenthält.“

Das was jemand braucht, um seinen Weg wählen zu können, ist Wissen.

Was kommt dabei heraus, wenn man einen Mann, der weder Notenlesen noch Klavierspielen lernen durfte, vor ein Klavier stellt, und ihm die freie Wahl über die Tasten lässt?“

BERTOLT BRECHT

Wir werden manchmal gefragt: „Warum macht ihr euch monatlich diese Arbeit mit dem ‚blickpunkt‘, mit euren monatlichen Infoständen, den vielen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern?“

Das hier abgedruckte Zitat von Bertolt Brecht, gibt eigentlich schon die Antwort. Wenn wir kritische Wähler und Wählerinnen haben wollen, die Bescheid wissen wollen über Wohnungsnot und ihre Zusammenhänge, die „Unklarheiten“ in der Kläranlage und bei vielen anderen Dingen, dann muss man ihn lesen, den „blickpunkt!“

Merkzettel
14. März 2021
Kommunalwahl!



Dietmar Treber, auf Platz 4 der DKP-LL-Kandidatenliste erklärt vor Ort in der Seegewann die Pläne, der Rathauskoalition zur evtl. Bebauung des Gartengeländes.

In der Hand hält er den „blickpunkt“, die Ausgabe Nr. 35, vom November 1973. Auf der Titelseite die Frage „...werden wir zubetoniert?“ Sie können diese Ausgabe selbst lesen im Internet auf unserer Webseite:

www.dkp-mw.de/public/blickpunkt/pdf/1973_11_035.pdf

Interessant, wie aktuell die Formulierungen sind, heute - fast 50 Jahre später! Sehr wichtig auch die Aussagen von Bürgern unserer Kommune - sie passen auch heute!

Nun werden wohl auch die alten Pläne wieder hervorgeholt. Ein FDP-Sprecher in der Stadtverordnetenversammlung meinte sinngemäß, dass es der Koalition, zumindest jedoch seiner Partei darum gehe, die Fusion von Mörfelden und Walldorf im Jahre 1976, die bislang nicht zur Zusammenlegung von Einrichtungen geführt habe, nun endlich zu „vollziehen“. Mit der Feuerwehr wollte man offenbar schon mal den Anfang machen.

Was danach kommt, kann man in Werbebroschüren des Turbo-Kapitalismus und seiner Wachstumspropheten nachlesen.

Dann kann man auch wieder die alten Anzeigen in der überregionalen Presse von damals hervorkramen mit der Schlagzeile: „*Kommen Sie nach Mörfelden-Walldorf - hier ist die Welt noch in Ordnung!*“

Hört auf, die Leute für dumm zu verkaufen!



Vor einigen Monaten wies die DKP/LL mit einer Aktion in der Seegewann darauf hin, dass der Magistrat vor hat, das Gebiet untersuchen zu lassen, ob man es bebauen kann.

Die Pläne aus dem Rathaus haben die Leute geärgert. Viele waren gekommen, man sammelte Unterschriften. Jetzt knapp vor der Kommunalwahl tauchten über Nacht im See überall SPD-Transparente auf: „Die Kleingärten erhalten!“ Gut, kann man sagen, die SPD macht jetzt auch mit.

Aber wissen sollte man schon: Die Kampagne der DKP/LL hat viele aktiv werden lassen. Andere Gruppen sammelten Unterschriften, malten Plakate. Die SPD liess sich viele teure Transparente machen - aber hat sie ihre Pläne geändert?

Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung hat mit der SPD vor einem knappen Jahr festgelegt, dass die Stadt um ca. 6000 Einwohner wachsen soll. Dafür sollen 3.000 Wohnungen gebaut werden. Auf der „grünen Wiese“, ohne Rücksicht auf Natur, Klima und Landschaft. Erste Planflächen wurden schon Anfang 2019 mit „Walldorf-Süd“ (20 Hektar) und Mörfelden „Im See“ (10 Hektar) bei der Regionalplanung angemeldet.

**Man kann alle Leute
einige Zeit
zum Narren halten
und einige Leute allezeit;
aber alle Leute
allezeit zum Narren halten
kann man nicht.**

Abraham Lincoln

Die Dreierkoalition (SPD, FW und FDP) verlangte eine Machbarkeitsstudie für ein Baugebiet „Im See“ und wollte für die 30.000 Euro teure Untersuchung Zuschüsse von der Landesregierung einfordern. Doch Wiesbaden sagte Nein. Jetzt stehen sie bedepert da, die „Superplaner“. Manche der „Koalitionären Strategen“ spürten natürlich den Protest und das kurz vor der Wahl. Deshalb die neuen „schicken“ Transparente der SPD.



Anlässlich des 76. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz wurde auch an die Walldorfer Judenfamilie Reiss gedacht!

Zu Ehren von Sara und Max, die nach Theresienstadt deportiert wurden und im KZ verhungerten, wurden weiße Rosen niedergelegt.

Es wird jetzt wirklich höchste Zeit, dass das alte Waldenserhaus, das die Familie Reiss zuletzt bewohnte und vor deren letzter Wohnstätte die „Stolpersteine“ verlegt wurden, endlich restauriert wird!

Jossy Oswald



1,3 Milliarden mehr für die Rüstung und neueste Atombomben in Deutschland

Der Verteidigungshaushalt liegt in diesem Jahr bei 46,93 Milliarden Euro. Gegenüber dem Haushalt 2020 ist er um 2,8% gestiegen. Folgerichtig stehen der Bundeswehr 2021 damit 1,3 Milliarden Euro mehr zur Verfügung als 2020.

Die nächste Horrormeldung: Bald gibt es auch die neuesten Atombomben in Deutschland. Obwohl der Deutsche Bundestag vor mehr als 10 Jahren den Abzug der US-Atombomben

verlangte, sind sie immer noch da und sie werden sogar modernisiert. Die alten US-Atombomben vom Typ B61-3 und B61-4 werden durch die neuen B61-12 ersetzt, die lenkbar sind und Ziele dadurch viel genauer treffen können. Experten befürchten, dass mit der neuen Generation von Atomwaffen die „nukleare Schwelle“ eher überschritten wird.

Im deutschen Luftwaffenstützpunkt Büchel (Rheinland-Pfalz) sind sie gelagert.

Feststeht: Jede einzelne von ihnen ist um ein Vielfaches zerstörerischer als die Bomben von Hiroshima und Nagasaki.

Mittlerweile haben 122 Staaten einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beschlossen. Bislang fehlt Deutschland bei diesem historischen Abkommen.

**Wir haben in den letzten
Monaten viele Spenden
erhalten.**

DANKE!

Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN DE37508525530009003419

INFOS



dkp-mw.de



youtube.com/sdajtv



[Instagram.com/dkpmoewa](https://instagram.com/dkpmoewa)



facebook.com/DKPLinkeListe

